

Recht & Steuern

Das Finanzjahr 2008 und erste Lehren aus der Krise

*Editorial von Dr. Beat Stöckli, Mitglied der Geschäftsleitung von Wegelin & Co. Privatbankiers
Mitglied der Kommission für Steuern und Finanzfragen der Schweizerischen Bankiervereinigung*



Das Finanzjahr 2008 wird als eines der turbulentesten in die Geschichtsbücher eingehen. Die Folgen der jüngsten Entwicklungen können noch nicht definitiv erfasst werden, es lohnt sich aber, sich frühzeitig von den teilweise spannenden Einzel-Ereignissen zu lösen und sich wieder grundlegenden Aspekten zuzuwenden.

Was ist geschehen?

Der Beginn eines neuen Kalenderjahres bietet je-

weils Gelegenheit, kurz innezuhalten, um eine Standortbestimmung vorzunehmen. Welches sind die Lehren aus dem vergangenen Jahr, welches sind die Ziele und Massnahmen für das vor uns liegende Jahr? Das Jahr 2008 bietet mit seinen historischen Trendbrüchen Anschauungsmaterial in Hülle und Fülle. Am Anfang standen massiv gesunkene Immobilienpreise in den USA, welche sich einmal mehr – doch dieses Mal stärker und vor allem globaler als je zuvor – negativ auf Bankbilanzen ausgewirkt haben. Dank Verbriefung tauchten marode Hypothekarforderungen bei Instituten auf, bei denen man solches nie vermutet hätte, wodurch praktisch jedes Institut in Verdacht geriet, Schwierigkeiten zu haben. Das Vertrauen war dahin, Anleger zogen liquide Mittel ab, und der Interbankenmarkt kam praktisch zum Erliegen. Es resultierte ein Bankensterben von seltenem Ausmass. Andere Institute überlebten die Turbulenzen nur dank umfangreichen staatlichen Rettungspaketen oder privaten Kapitalspritzen. Dem «Annus horribilis» setzte schliesslich noch der mutmassliche Milliardenbetrug rund um Bernard L. Madoff die Krone auf. Zu Beginn des Jahres 2009 besteht Bedarf, zu analysieren, was überhaupt passiert ist und daraus abzuleiten, auf welchen Gebieten für die Zeit nach der Krise sinnvollerweise Massnahmen zu ergreifen sind.

Welche Lehren daraus ziehen?

Die Versuchung liegt nahe, dass man sich in Worthülsen flüchtet und für mehr Ganzheitlichkeit oder mehr Nachhal-

tigkeit plädiert oder dass man in Klagelieder einstimmt und hohe Saläre, teure Derivate oder gar einzelne Akteure persönlich undifferenziert verurteilt. Dies wäre vielleicht populär, aber letztlich wenig hilfreich.

Wenn etwas weiterhilft, dann die nüchterne Analyse der einzelnen Problemfelder. Aus juristischer Optik geht es insbesondere darum, das bestehende umfangreiche Regelwerk dort anzupassen, wo es die gesteckten Ziele nicht erreicht hat. Die Krise hat deutlich gezeigt, dass mehr Regulierung nicht per se mehr Sicherheit mit sich bringt, bildete doch die mit Abstand am dichtesten regulierte Branche das Auge des Hurrikans.

Auf dem Gebiet der Sicherung der Sparguthaben – darüber ist an dieser Stelle bereits berichtet worden – haben Bundesrat und Parlament die nötigen Massnahmen an die Hand genommen. Kurzfristig ist die Schutzwelle von 30'000 auf 100'000 Franken erhöht worden, mittelfristig werden auch Modelle einer risikogerechten Alimentierung dieses Sicherungssystems geprüft.

Ein anderer Versuch, risikogerechte Regeln zu implementieren, hat hingegen die hohen Erwartungen nicht erfüllt. Die Welt von Basel II mit ihren «risikogerechten» Eigenkapitalvorschriften ist in der Krise aus den Fugen geraten. Rückblickend hat man zuviel Gewicht auf wahrscheinliche Ereignisse gelegt und darüber die zwar wenig wahrscheinlichen, dafür aber existenzbedrohend gefährlichen vernachlässigt. Es stellt sich die Frage, ob man weiterhin für die relativ häufigen, aber letztlich nicht sehr gefährlichen Unfälle vorsorgen soll oder am Ende nicht doch für die seltenen, aber existenzbedrohenden.

Schliesslich ist auch das bestehende System der Bankensanierung und des Bankenkurses einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Es stellt sich insbesondere die Frage, wie man Banken geordnet in Konkurs gehen lassen könnte, denn die dringend nötige Strukturereinigung, die «schöpferische Zerstörung», darf auch vor Banken nicht haltmachen.

Keine Schnellschüsse

Am wichtigsten scheint aber, dass Aufsichtsbehörden und Politiker jetzt nicht der Versuchung der populären Schnellschüsse erliegen, sondern vielmehr sorgfältig geprüfte sowie ökonomisch und juristisch durchdachte Massnahmen unterstützen und vor allem auch den Mut haben, eine Regel, welche sich nicht bewährt hat, ersatzlos zu streichen. ●